

18. März 2019

++ Pressemitteilung ++

Jongen: Umgang mit Kolonial-Kunst zeugt von moralischem Größenwahn

Am vergangenen Mittwoch wurde ein gemeinsames Eckpunktepapier der Kulturminister und -senatoren des Bundes und der Länder zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten verabschiedet. Einrichtungen in Deutschland, die derartiges Sammlungsgut bewahren, sind aufgefordert, ihre Bestände zu erforschen. Man müsse, so erklärte Hamburgs Kulturminister Carsten Brosda (SPD), der erste Vorsitzende der neu geschaffenen Kulturminister-Konferenz, laut Frankfurter Allgemeine Zeitung, von mehreren Millionen Objekten ausgehen, die „jetzt angesehen werden“ werden müssten. Dazu äußerte sich der kulturpolitische Sprecher der AfD im Deutschen Bundestag, Dr. Marc Jongen, wie folgt:

„Es ist bezeichnend, dass das gemeinsame Eckpunktepapier der Kulturminister und -senatoren mit keinem Wort auf die kuratorischen und konservatorischen Leistungen eingeht, die in über 100 Jahren in deutschen Kulturinstitutionen erbracht wurden, um Artefakte zu erhalten, die jetzt als ‚prägend‘ für die Geschichte und kulturelle Identität ehemaliger Kolonialstaaten behauptet werden.

Viele dieser Artefakte, die nun auch ohne Rückführungsersuchen dahingehend untersucht werden sollen, ob sie für eine Rückführung in Frage kommen, gäbe es ohne die in Deutschland erbrachten Leistungen gar nicht mehr. Diese Leistungen können nicht einfach vom Tisch gewischt werden, weil der Zeitgeist aus einer bestimmten Richtung weht. Abwegig ist auch die Vorstellung, man könne Millionen Artefakte daraufhin überprüfen, ob sie eventuell in einem Unrechtskontext stehen. Dieses kostenintensive Mammutvorhaben zeugt von einem moralischen Größenwahn, der längst jedes Augenmaß für das Leistbare und Angemessene verloren hat. Die Kulturinstitutionen in Deutschland wären dann mit nichts anderem mehr beschäftigt, als Provenienzforschung zu betreiben.

Vor diesem Hintergrund appelliere ich an alle Beteiligten, die Diskussion um das Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten zu versachlichen und die medial und politisch aufgeladene Schulddebatte, die durch interessierte Kreise immer weiter forciert wird, zu beenden. Die AfD wird sich in der Restitutionsfrage weiterhin als Anwalt der heimischen Museen betätigen.“

Pressekontakt:

Christian Lüth

Pressestelle der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Pressesprecher der Alternative für Deutschland

Tel.: 030 22757225

<https://www.afd.de/bundestag>